

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

**Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock**  
und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.  
Illustr. Unterhaltbl.) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

38. Jahrgang.

**N. 9.**

Dienstag, den 20. Januar

**1891.**

## Bekanntmachung,

die Anmeldung der Militärpflichtigen zur Rekrutierungsstammrolle betreffend.

In Gemäßheit gesetzlicher Vorschriften und unter Hinweis auf den Erlaß des Civilvorstehenden der Ersatz-Commission in den Aushebungsbezirken Schwarzenberg und Schneeberg, Herrn Amtshauptmann Freiherrn v. Wirsing in Schwarzenberg, vom 22. Dezember 1890, abgedruckt in No. 301 des Erzgebirgischen Volksfreundes und No. 152 des hiesigen Amts- und Anzeigeblasses vom vorigen Jahre, werden die hier dauernd aufhältlichen Militärpflichtigen,

a. welche im Jahre 1871 geboren,  
b. sowie welche in den Vorjahren zurückgestellt worden sind,  
hiermit aufgefordert, sich innerhalb der Zeit

**vom 15. Januar bis zum 1. Februar dieses Jahres**

in der hiesigen Rathsexpedition zur Rekrutierungsstammrolle anzumelden.

Derselben Verpflichtung unterliegen diejenigen, die hier zwar keinen dauernden Aufenthalt haben, aber deren Wohnsitz, das heißt deren, oder insofern sie noch nicht selbstständig sind, deren Eltern oder Vormünder ordentlicher Gerichtsstand sich hier befindet.

Die Militärpflichtigen aus den früheren Jahrgängen haben ihren Loosungsschein, die im Jahre 1871 anderwärts geborenen Militärpflichtigen das Geburtszeugniß mit zur Stelle zu bringen.

Sind Militärpflichtige, welche sich hier zur Stammrolle anzumelden haben, zeitig von hier abwesend, (auf der Reise begriffene Handlungsdienner, auf der

See befindliche Seeleute u. s. w.) so hat die Anmeldung durch die betreffenden Eltern, Vormünder, Lehr-, Brod- oder Fabrikherren zu erfolgen.

Diejenigen, welche die vorgeschriebene Anmeldung zur Stammrolle unterlassen, werden mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.  
Eibenstock, am 7. Januar 1891.

**Der Stadtrath.**

**Völscher, Bürgermeister.**

Wsch.

Die Hundesteuer beträgt in Schönheide 5 Mark jährlich für jeden Hund. Junge Hunde, welche bei den alljährlich in den Monaten Januar und Juli stattfindenden Consignationen noch gefängt werden, sind bis zur nächsten Consignation von der Steuer befreit. Es ist nachgelassen, die Steuer in zwei halbjährigen Terminen zu berichtigen, von denen der erste am 15. Januar, der zweite am 15. Juli abzuführen ist. Die etwaige Abschaffung eines Hundes innerhalb des ersten Halbjahres befreit nicht von der Bezahlung des zweiten Termins.

Vorstehende Bestimmungen werden hierdurch mit dem Bemerkten in Erinnerung gebracht, daß alle Hundebesitzer verpflichtet sind, bis zum 31. Januar über die in ihrem Besitze befindlichen Hunde Anzeige anher zu erstatten und bis zu dem gedachten Tage die Steuer auf den ersten Termin gegen Entnahme der Hundesteuermarken bei der Gemeindefassenverwaltung zu berichtigen.

Schönheide, am 15. Januar 1891.

**Der Gemeindevorstand.**

## Zur Weltlage.

Die Signatur unserer Zeit ist nicht so sehr politischer als volkswirtschaftlicher Art und die viertägigen Zolldebatten im deutschen Reichstage bilden einen Beweis dafür. Die Anträge auf Herabsetzung bezw. Beseitigung der Getreidezölle sind mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden und da die Zollverhandlungen, welche zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geführt werden, auf der Basis der Herabsetzung jener Zölle beruhen, so läßt sich voraussehen, daß der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung für einen solchen Handelsvertrag nicht zu haben sein dürfte.

Man hat deshalb mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Reichstag seiner Zeit aufgelöst und daß durch Neuwahlen die Frage entschieden werden wird, ob die Getreidezölle beibehalten oder aufgehoben werden sollen. Von den gesetzgeberischen Arbeiten des Reichstages ist die Arbeiterschutzvorlage eine der hauptsächlichsten; im Prinzip stehen wohl alle Parteien auf dem Standpunkte des Entwerfs, nur über das Maß des geschützten zu gewährenden Schutzes gehen die Ansichten sehr weit auseinander; ebenso werden die Bestimmungen über den Arbeiter-Kontraktbruch lebhaft umstritten. Für Preußen speziell bringen die nächsten Wochen die wichtigen Landtagsverhandlungen über die Steuerreform, die Landgemeinde-Ordnung und das Schulgesetz, daran schließen sich die angestrebten Reformen des höheren Unterrichts, in welche auch Bayern und Württemberg eingetreten sind.

Nach außen hin ist das Reich gegenwärtig nur durch die oft genannten Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn wegen Abschluß eines neuen Handelsvertrages engagiert. Der Versuch, eine neue „Luxemburger Frage“ zu schaffen, muß als kläglich gescheitert gelten. Luxemburg wird dereinst dem Reiche als völlig reife Frucht in den Schooß fallen; zuvor aber wird das Reich keinen Finger rühren, um diese naturnotwendige Entwicklung zu beschleunigen.

Die sonstigen europäischen internationalen Beziehungen weisen gegenwärtig auch nicht den Schatten einer Erhebung auf; „Europa hat Ruhe!“ Die Streitigkeiten der Engländer und Nordamerikaner wegen der Behringsee-Fischerei sind nicht gar zu tragisch zu nehmen. Den hochtrabenden Worten von haben und drüben werden keine Thaten folgen.

Frankreichs Eitelkeit ist durch das Brillantfeuerwerk der Wachen Ueberzeichnung seiner neuesten Anleihe vollaus befriedigt worden. Diese angenehme Volkunterhaltung kostet dem französischen Staatsapparat viele, viele Millionen, die zu ersparen gewesen wären, wenn die Anleihe annähernd zum Börsenkurs (etwa 95) aufgelegt worden wäre. Deutschland-Preußen kann allerdings mit solchen „Erfolgen“ nicht

aufwarten, weil man hier derartige Kunststücke verschmäht. Den Zeichnern von Anleihen ganz unnötigerweise einen Gewinn von Millionen auf Kosten der Steuerzahler zu bewilligen, ist in Deutschland nicht Gebrauch. Die Herabsetzung des Zinsfußes auf 3 Prozent macht die neueste Reichs- u. preussische Anleihe zwar nicht besonders „populär“ — daher auch keine sonderbare Uebersetzung — aber sie erspart dem Reichs- bezw. Staatsfiskus jährlich Millionen.

Ueber Rußland läßt sich nichts Neues sagen; dort bewegt sich das ganze öffentliche Leben — wenn man von einem solchen sprechen darf — fortgesetzt in einem falschen Zirkel. Die Juden z. B. werden aufs äußerste bedrückt, weil sich unter den Nihilisten viele Juden befinden. Unter den Nihilisten befinden sich naturgemäß aber deshalb so viele Juden, weil sie sich wegen der Unterdrückung ihres Volkes rächen wollen. Andererseits ist in Rußland ein Jever, der öffentlich — wenn auch nur in kleinerem Kreise — auf die freisenden Schäden am Staatskörper hinweist, ein „Nihilist“ und kann als solcher gewärtig sein, ohne viel Federlesens nach Sibirien transportirt zu werden; die Folge davon ist, daß der „Nihilismus“ immer weiter um sich greift, die Unzufriedenheit der gebildeten Klassen mit dem Bestehenden mächtig anwächst. Nun, Knuten und Rosaken halten die Ruhe im „heiligen“ Rußland aufrecht und da die Rosaken im Lande gebraucht werden, kann man sie nach außen hin nicht verwenden. Das ist auch so eine Art Friedensbürgschaft, für welche besonders Bulgarien, indirekt aber ganz Europa dankbar sein kann.

## Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die „Köln. Ztg.“ erfährt über das beim Finanzminister Miquel veranstaltete Diner Folgendes: Im Laufe der fast vierstündigen Nachtisch-Unterhaltung besprach der Kaiser eine ganze Anzahl politischer Fragen. Abg. v. Kardorff versuchte dabei die Sprache auf die Doppelwährung zu bringen, worauf der Kaiser sehr entschieden ein Eingehen auf diese Frage ablehnte, weil er sie im Sinne der Goldwährung für erledigt erachte.

— Trier, 15. Jan. Eine Folge des deutsch-französischen Krieges stellt sich gegenwärtig bei den Eintragungen in die Stammrolle heraus. Im Jahre 1871 war die Anzahl der Geburten aller Orten beträchtlich geringer, als in normalen Jahren und im gleichen Verhältnis ist für das Jahr 1891 die Zahl der Gestellungspflichtigen gesunken. Der Regierungsbezirk Trier zählt dieses Jahr nur zwei Drittel so viel Gestellungspflichtige wie 1890, und in anderen Landesteilen wird das Zahlenverhältnis

etwa das gleiche sein. Es folgt aus dieser Thatsache, daß im Jahre 1891 jeder Taugliche auch einbezogen werden muß und manche Reklamation nicht wird berücksichtigt werden können.

— Der „Reichsanz.“ enthält eine Bekanntmachung des Reichskanzlers, nach welcher für das gewöhnliche Telegramm vom 1. Februar d. ab auf alle Entfernungen eine Gebühr von 5 Pf. für jedes Wort, mindestens jedoch der Betrag von 50 Pf. erhoben wird. — Der 6 Pfennig-Tarif hat 11 Jahre und 1 Monat bestanden.

— Einer der hervorragendsten deutschen Politiker und Parlamentarier, Dr. Ludwig Windthorst, feierte am 17. d. Mts. seinen 80. Geburtstag. Bei seinen Freunden wie Gegnern in der Politik ist die Persönlichkeit der kleinen Exzellenz, die in einem unscheinbaren Körper eine gewaltige Summe geistiger Schätze birgt und trotz der trüben Augen so scharf und durchdringend die Menschen und die Dinge erkennt und sondert, überaus beliebt. Die Selbstlosigkeit seines Strebens und die Mäßigkeit seines Charakters haben dies bewirkt, so viele Gegner auch seine politischen Kämpfe und Ziele gefunden haben und finden mögen.

— Schon in Folge der Hochwasser- und Eisgangschäden von 1888 ist durch die Verfügung vom 22. Januar 1889 über die Strombauverwaltungen für eine einheitliche und wirksame Leitung und Durchführung der Schutzmaßregeln gegen Eis- und Hochwassergefahren gesorgt. Eine gleichzeitige Ausführungsanweisung regelt den Eiswacht- und Hochwasserdienst. Dieselbe greift unter Berücksichtigung der inzwischen gesammelten Erfahrungen auch für den laufenden Winter Plag. Neuerlich sind die preussischen Provinzialbehörden von den Ressortministern an die sorgsamste und energischste Wahrnehmung der ihnen übertragenen Obliegenheiten erinnert und mit den nach Lage des Falles geeigneten besonderen Anweisungen versehen. Wie die Civilbehörden, so haben auch die Militärbehörden neuerdings Anweisung erhalten, mit aller Kraft zur Verhütung und Bekämpfung etwaiger Hochwasser- und Eisgefahren mitzuwirken. Es darf hinzugefügt werden, daß der Kaiser auch diesen Fragen sein landesväterliches Interesse in hohem Maße widmet und auch bereits zu wirksamen Maßnahmen die Initiative ergriffen hat.

— Eine Burendeputation aus Transvaal wird in einigen Monaten in Berlin eintreffen. Man schreibt darüber portugiesischen Blättern aus Lourenço Marques, daß eine Gesellschaft von etwa 60 Buren im Februar von dort abgehen wird, um Lissabon und darauf Amsterdam zu besuchen. Von dort wird die Deputation nach Berlin kommen und sich mehrere